
2. Sitzung des Seniorenbeirates Taunusstein (öffentlich)

Sitzungstermin: Mittwoch, 19.03.2025
Ort, Raum: Bürgerhaus TAUNUS, Herblay-Saal, Aarstraße 138, 65232 Taunusstein-Hahn
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 17:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Sonja Wagner

Mitglieder

Dr. Rolf Bernhardt
Wolfgang Dittmar
Stephan Emsermann
Norman Enk
Georg Harz
Dr. Jörg-Michael Henneberg
Dieter Kurt Hertha
Dr. Jürgen Kaestner
Manfred Lang
Manfred Linninger
Martina Müller
Hans Ruppert
Heidrun Scheibel
Franz Schmitz

Magistratsbetreuung

Bürgermeister Joachim Reimann

Schriftführung

Andrea Sachse

Abwesend

Mitglieder

Dr. Helmut Böttiger	entschuldigt
Waldemar Dönges	entschuldigt
Thomas Frohn	entschuldigt
Uli Hogefeld	entschuldigt
Halil Parmaksiz	entschuldigt
Michael Schnellbacher	entschuldigt
Franz Schwenzer	entschuldigt

Gäste: Andreas Wollner Inklusionsbeauftragter, Michael Kleiber Abteilung 1.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung, Hinweis auf § 25 HGO
- 2 Einwände gegen das Protokoll vom 22.01.2025
- 3 Jahresbericht 2024 der Ordnungspolizei DRS. 25/011
Herr Kleiber
- 4 Vorstellung Inklusionsbeauftragter der Stadt Taunusstein
Herr Andreas Wollner
- 5 Bericht der Vorsitzenden
- 6 Aktuelle Berichte aus den Arbeitskreisen
- 7 Aktuelle Berichte aus den städtischen Gremien und den Seniorenclubs
- 8 Aktuelle Berichte der Beratenden Mitglieder aus ihren Bereichen
- 9 Bericht des Magistrats
- 9.1 Verwaltungsmitteilungen
- 9.1.1 Sachstandsinformation zur Kommunalen Arbeitsgemeinschaft DRS. 19/289-03
"Netzwerk Wohnen RheingauTaunus"
- 9.1.2 Präventionsrat der Stadt Taunusstein DRS. 25/040
- 9.1.3 Zwischenstandbericht Gemeindepflegerin/Gemeindepfleger; DRS. 23/255-04
Große Anfrage von StVe. Juliane Bremerich, FDP-Fraktion
- 9.1.4 Bericht der Integrationskommission an den Gemeindevorstand DRS. 25/003
und die Gemeindevertretung nach § 89 Abs. 4 HGO

9.1.5 Kommunalen Aktionsplan zur ärztlichen Versorgung in
Taunusstein; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG und
CDU; Beantwortung

DRS. 17/292-07

10 Leitbild Seniorenbeirat

11 Anliegen an den Magistrat

12 Verschiedenes

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Feststellung der frist- und ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung, Hinweis auf § 25 HGO

Die Vorsitzende stellt bei Eröffnung fest, dass gegen die frist- und ordnungsgemäße Einladung keine Einwendungen erhoben werden. Des Weiteren stellt sie die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Sie weist auf § 25 HGO hin.

Frau Wagner beantragt die Änderung der Tagesordnung und schlägt vor, dass Herr Wollner sich nach dem Bericht der Ordnungspolizei vorstellt.

Dem neuen TOP 4 „Vorstellung Inklusionsbeauftragter der Stadt Taunusstein“ wird einstimmig zugestimmt.

2 Einwände gegen das Protokoll vom 22.01.2025

Die Vorsitzende fragt die Mitglieder des Seniorenbeirates, ob es gegen das Protokoll vom 22.01.2025 Einwendungen gibt. Dies ist nicht der Fall. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

3 Jahresbericht 2024 der Ordnungspolizei DRS. 25/011

Die Ordnungspolizei der Stadt Taunusstein nimmt viele verschiedenen Aufgaben wahr, die weit über die reine Kontrolle von Verkehrsordnungswidrigkeiten hinausgehen. Der erste Jahresbericht für das Jahr 2024 gibt den Bürgerinnen und Bürgern einen Einblick über die Vielseitigkeit der Einsatzbereiche und versucht gleichermaßen eine Transparenz für die Arbeitsweise der Ordnungspolizei zu schaffen.

Neben allgemeinen Informationen zur Ausstattung und den Aufgabenfeldern, dient diese Zusammenfassung intern auch der Ableitung von Maßnahmen aus den gewonnenen Erkenntnissen.

- Verbesserung des Qualitäts- und Beschwerdemanagement erforderlich

Die Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger sind ein wichtiger Bestandteil für die jeweiligen Handlungsfelder der Ordnungspolizei. Mit der Verbesserung des Qualitäts- und Beschwerdemanagements, soll die Art und Weise der Aufgabenwahrnehmung/-bearbeitung aber auch die Kommunikation verbessert werden. Dadurch lassen sich zusätzlich detailliertere Statistiken erheben, die in die künftigen Jahresberichte implementiert werden. Zusätzlich ist ein noch zielgerichteter Einsatz der vorhandenen Ressourcen möglich.

- Adressatengerechte Informationen zu unterschiedlichen Themenfeldern

Das bisher angebotene Format des Sicherheitsmobils wird dahingehend angepasst, dass den Bürgerinnen und Bürgern künftig Informationen zu konkreten Themen, aus dem Bereich der Gefahrenabwehr oder der Ordnungswidrigkeiten, angeboten werden. Hiervon wird sich ein gesteigertes Interesse aus der Bürgerschaft versprochen, da somit gezielt die Adressaten angesprochen werden.

- Einrichtung von Baustellen im Stadtgebiet

Hier ist festzustellen, dass der Trend leider zu einem erhöhten Kontrollaufwand geht. Insbesondere im Bereich der Glasfaserbaustellen müssen die Kolleginnen und Kollegen der Ordnungspolizei oftmals handeln und striktere Maßnahmen, zur Abwehr von konkreten Gefahren für den öffentlichen Verkehrsraum, anwenden.

Eine engmaschige Abstimmung mit den Baustellenverantwortlichen sowie mit dem Straßenbaulastträger und den Straßenverkehrsbehörden ist hier erforderlich.

- Unterbringung von Obdachlosen

In diesem Themenfeld ist festzustellen, dass die Anzahl der Personen die sich obdachlos melden, weil sie keinen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum finden, zugenommen hat. In den meisten Fällen verfügen diese Personen doch über ausreichende finanzielle Mittel, so dass der Status als obdachlose Person, nicht erfüllt ist.

Vielfach wurden Leistungsbezieher aus der Wohnung geräumt, weil die Zahlungen durch den RTK eingestellt wurden (aus unterschiedlichen Gründen). Hier muss das Ordnungsamt ein Format zur besseren Abstimmung mit den zuständigen Behörden erwirken, damit eine Obdachlosigkeit im Einzelfall vielleicht sogar vorzeitig abgewendet werden kann.

Der Jahresbericht wird künftig jährlich zur Verfügung gestellt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz:

Bezüglich Parkens wird angeregt, in der Straße unterhalb des REWE Centers in Taunusstein-Hahn zu prüfen, ob dort ggf. ein Halteverbot eingerichtet werden kann. Herr Kleiber nimmt dies mit zur Prüfung.

4 Vorstellung Inklusionsbeauftragter der Stadt Taunusstein

Herr Wollner berichtet, dass er sich seit vielen Jahren mit dem Thema Inklusion befasst.

Er hat mehr als 24 Jahre ein behindertes Kind betreut. Vor zehn Jahren hat er den Chor „All Inklusiv“ ins Leben gerufen. Unter dem Motto gemeinsam und nicht alleine hat der Chor ein Lied getextet und in einem Tonstudio eingespielt.

Herr Wollner spielt das Lied vor.

Er berichtet, dass er sich schon länger mit dem Gedanken getragen hat, sich ehrenamtlich im Bereich Inklusion zu engagieren. Der Rheingau-Taunus-Kreis hat zeitgleich alle Kommunen dazu aufgerufen, Beauftragte für Menschen mit Behinderungen zu benennen. Herr Wollner sieht seine Aufgabe darin, Menschen mit und ohne Behinderung zusammen zu bringen und zu vernetzen. Er stellt immer wieder fest, dass viele Menschen nicht wissen, wo es Hilfen gibt. Er lädt alle Mitglieder des Seniorenbeirates zu einer ersten Veranstaltung in Kooperation mit der Leitstelle Älterwerden und der Jugendpflege Taunusstein ins KOOP, am 5. Mai 2025 (Tag der Inklusion) ein. Die Veranstaltung findet im KOOP, Pestalozzistraße 1c, 65232 Taunusstein von 16:00 bis 18:00 Uhr statt. Es singt der Inklusion Chor „All Inklusiv“ und Herr Wollner wird gemeinsam mit einem Musiker „Klangraumgeschichten“ darbieten. Daneben geht es darum, sich kennen zu lernen und zu vernetzen.

5 Bericht der Vorsitzenden

Bericht der Vorsitzenden

- 4. Februar _ Teilnahme an der Sitzung GKE
- Frau Wagner berichtet, dass sie, gemeinsam mit Herrn Linninger am 6. Februar das Sit-

zungsgeld in Höhe von 275,00€ an Frau Luthringer vom Hospiz St. Ferrutius übergeben hat. Frau Luthringer bedankt sich bei allen Mitgliedern des Seniorenbeirates für die Spende. Sie hat nochmals erläutert, dass 5% der Kosten eines Hospizes durch Spendengelder getragen werden müssen.

- 3. März AG Senioren des Präventionsrates
- 10. März Leitungstreffen der Taunussteiner Seniorenclubs.
- Frau Wagner berichtet vom Planungstreffen des Seniorenbeirats für 2025.

6 Aktuelle Berichte aus den Arbeitskreisen

Aktuelle Berichte aus den Arbeitskreisen.

AK 1:

Herr Dittmar berichtet, dass die Umfrage im Zusammenhang mit der Erstellung des Seniorenplans sicher hilfreiche Zahlen zu Fragen des Wohnens im Alter liefern wird.

AK 2:

Herr Böttiger ist entschuldigt. Ein Bericht aus dem AK entfällt.

AK 3:

Herr Dr. Bernhardt berichtet von dem Treffen mit den Leiterinnen der Seniorenclubs. Ein Erfahrungsaustausch wird weiterhin gewünscht und wird für Herbst vorgeschlagen. Die Clubs handhaben ihre Treffen sehr unterschiedlich und passen diese an die Wünsche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an. Ein Wunsch war, dass die Ortsbeiräte bei ihren jährlichen Feiern (Frühlingsfest, Herbstfest oder Weihnachtsfeier für Senioren) auf die Angebote der Seniorenclubs in ihrem Stadtteil hinweisen und die Vorsitzenden auch zu diesem Fest explizit einladen.

AK4:

Kein Bericht.

AK 5:

Herr Dr. Henneberg berichtet, dass die Bürgerstiftung weiterhin Lesepaten sucht.

7 Aktuelle Berichte aus den städtischen Gremien und den Seniorenclubs

Der Seniorenbeirat berichtet, dass die Bargeldversorgung in Taunusstein sehr schlecht ist, was für ältere Menschen, die nicht mobil sind, ein großes Problem darstellt. Es erfolgt eine längere Diskussion zu dem Thema.

Frau Wagner berichtet, dass die Stadt ein YouTube-Kanal hat. Sie empfiehlt den Mitgliedern immer mal reinzuschauen, weil hier Bürgermeister Reimann und Stadtverordnetenvorsteher Löser auch immer aktuelle Infos aus der Stadtverordnetenversammlung darin geben.

8 Aktuelle Berichte der Beratenden Mitglieder aus ihren Bereichen

Hier gibt es keine Berichte.

9 Bericht des Magistrats

- Bürgermeister Reimann berichtet, dass die Vorlage, künftig die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung über live stream verfolgen zu können noch zurückgestellt wurde, da die Hessische Gemeindeordnung novelliert wird und es dort ggf. zu diesem Thema rechtliche Än-

derungen geben wird.

- Die Stadt Taunusstein hat die Haushaltsgenehmigung erhalten. Dies muss nun veröffentlicht werden. Ab April kann die Verwaltung dann neue Themen angehen.
- Zur Absage des Landes bezüglich Förderung der Stelle Gemeindepflege berichtet Frau Wagner, dass es im RTK 9 Gemeindepflegerinnen gibt und bedauert das Taunusstein nicht berücksichtigt wurde.
 - Herr Reimann informiert, dass seines Wissens nach der Förderung weiter bestehen bleiben soll und die Stadt Taunusstein ggf. beim nächsten Förderzeitraum erneut einen Antrag stellen kann.
- Herr Dr. Henneberg fragt nach, warum es bei dem Bericht des Netzwerk Wohnen RheingauTaunus keine Zahlen zu den Beratungsfällen gibt. Frau Feix erläutert, dass dieser Bericht sich ausschließlich auf die Aufgaben der Netzwerkkoordination bezieht und im letzten Jahr der Fokus bei der Aufnahme von vier neuen Wohnberatungsstandorten lag. Das Netzwerk Wohnen besteht seit 10 Jahren und in diesem Jahr soll eine Öffentlichkeitskampagne gemacht werden. Dazu wird eine Broschüre mit bestpractice-Beispielen aufgelegt. Hierzu wurden bereits Kundenstimmen von ehemals Beratenen eingeholt, die mit der Beratung sehr zufrieden waren. Festzustellen sei allerdings, so Frau Feix auf Nachfrage von Dr. Henneberg, dass in Gemeinden mit einer Gemeindepflegerin viele Beratungstermine wahrgenommen werden.

9.1 Verwaltungsmitteilungen

9.1.1 Sachstandsinformation zur Kommunalen Arbeitsgemeinschaft "Netzwerk Wohnen RheingauTaunus" DRS. 19/289-03

Dem Netzwerk Wohnen RheingauTaunus sind mit Wirkung zum 1. Januar 2024 die Hochschulstadt Idstein, die Gemeinde Niedernhausen, die Gemeinde Schlangenbad und die Stadt Lorch am Rhein beigetreten.

Das Jahr 2024 stand unter dem Schwerpunkt der Integration der neuen Standorte in das Netzwerk Wohnen RheingauTaunus. Hierfür wurden verschiedenen Marketingmaterialien z.B. Flyer, Landkarte der Beratungsstellen angepasst und z.T. neu aufgelegt, sowie die Inhalte der Homepage des Netzwerks aktualisiert. Es wurden Hilfsmittel und Marketingmaterial bestellt, Schulungen für Haupt- und Ehrenamtliche durchgeführt und eine Kick-Off Veranstaltung mit alten und den neuen Hauptamtlichen durchgeführt. Die Teilnehmerzahl der Netzwerktreffen ist nun auf über 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern angestiegen. Der Austausch der Hauptamtlichen im Netzwerk erfolgt weiterhin regelmäßig einmal monatlich über Videokonferenz.

Die Integration der neuen Standorte ist gut gelungen, die Ehrenamtlichen sind hoch motiviert und direkt nach Start der Kooperation fanden erste Wohnberatungen in den neuen Standorten statt.

Die neuen hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurden zur 6 tägigen Schulung der Hessischen Fachstelle für Wohnberatung angemeldet.

Der Seniorenbeirat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9.1.2 Präventionsrat der Stadt Taunusstein DRS. 25/040

Die Schaffung und Erhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum sind primäre Aufgaben der staatlichen Gewalt. Dies gilt nicht nur für die Bundes- und die Landesebene, sondern muss auch aktiv von kommunaler Seite angegangen werden. Gewalt und Kriminalität müssen durch eine konsequente Sicherheitsinitiative auch auf kommunaler Ebene bekämpft werden, um das Sicherheitsempfinden der Menschen zu stärken. Die Herausforderung zur Vorbeugung und Verhinderung von Gewalt und Kriminalität kann nur im gesamtgesellschaftlichen Kontext wirksam angegangen werden. Als KOMPASS-Kommune schafft Taunusstein mit seinem Präventionsrat ein Format, welches neben den Anforderungen des § 1 Absatz 6 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG), auch eine Vernetzung weiterer staatlichen, gesellschaftlichen und privaten Initiativen und Organisationen herbeiführt.

Der Präventionsrat Taunusstein fördert die Vernetzung und Zusammenarbeit von Institutionen und Organisationen in dem Bereich der Präventionsarbeit und nutzt die fachliche Expertise, um Konzepte zur Verhinderung von Gewalt und Kriminalität zu entwickeln.

Das Gremium besteht aus u.a. ständigen und themenbezogenen Mitgliedern, die sich wie folgt aufteilen:

Ständige Mitglieder:

- Bürgermeister/Bürgermeisterin
- Abteilungsleitung Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Dienstgruppenleitung Ordnungspolizei
- Polizeidirektion Bad Schwalbach
- Polizeiposten Taunusstein
- Präventionsrates Rheingau-Taunus-Kreises
- Seniorenbeirat
- CDU-Fraktion
- SPD-Fraktion
- Grünen-Fraktion
- FWG-Fraktion
- FDP-Fraktion
- AfD-Fraktion
- Integrationskommission

Themenbezogene Mitglieder:

- Pressestelle Stadt Taunusstein
- Leitstelle Älterwerden
- Abteilung Familie & Soziales – Flüchtlingsmanagement
- Abteilung Familie & Soziales – Kita Fachberatung
- Abteilung Familie & Soziales – Mobile Jugendarbeit
- Abteilung Familie & Soziales – Kinder- und Jugendbeauftragte
- Fachbereichsleitung Stadtentwicklung und Liegenschaftsmanagement
- Gymnasium Taunusstein
- IGS Obere Aar
- Berufliche Schulen Untertaunus
- Silberbachschule
- Regenbogenschule
- Sonnenschule
- Katholische Kirche
- Evangelische Kirche

- Netzwerk gegen Gewalt

Über die Arbeitsgruppen Senioren, Kinder & Jugendliche, Integration & Migration sowie öffentlicher Raum, werden unterjährig Themen bearbeitet und Konzepte und/ oder Lösungsvorschläge entwickelt, die dem Präventionsrat zum Beschluss vorgelegt werden. Die vom Präventionsrat getroffenen Entscheidungen, werden den Gremien ebenfalls zur Beratung vorgelegt.

Die erste Sitzung des Präventionsrates wurde am 20.01.2025 abgehalten. Weitere Termine finden am 11.06. und 20.10.2025 statt. Hinzu kommen Treffen der verschiedenen Arbeitsgruppen.

Der Seniorenbeirat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9.1.3 Zwischenstandbericht Gemeindepflegerin/Gemeindepfleger; Große Anfrage von StVe. Juliane Bremerich, FDP-Fraktion DRS. 23/255-04

1. Das Konzept zur Einführung der Stelle einer Gemeindepflegerin, eines Gemeindepflegers für Taunusstein wurde anhand der Richtlinien erarbeitet und die dafür vom Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration im Rahmen des Projektes „Gemeindepflegerin 2.0“ vorgesehenen Förderung fristgerecht am 20.06.2024 beantragt.
Im Konzept wurde festgehalten, dass der/die Gemeindepfleger/-in auch als Ansprechpartner/-in für in Not geratene junge Bürgerinnen und Bürger Taunussteins zur Verfügung steht.
2. Die Nachbarschaftshilfe Taunusstein e.V. wurde vor der Beantragung der Förderung gemäß ihren Möglichkeiten und Wünschen bei der Entwicklung des Konzeptes zur Einführung der Stelle einer Gemeindepflegerin/eines Gemeindepflegers für Taunusstein beteiligt. Eine Stellungnahme der Nachbarschaftshilfe mit Befürwortung des Vorhabens und Benennung der eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der konzeptionellen Umsetzung wurde erarbeitet und liegt vor.
3. Der aktuelle Sachstand der Bearbeitung des Antrags der Förderung wurde bei dem jeweiligen Ministerium am 05.08.2024 abgefragt, hierbei wurde mitgeteilt, dass der Antrag fristgerecht eingegangen und aktuell noch in Bearbeitung sei. Ein Zeitraum der weiteren Bearbeitung wurde nicht benannt und muss abgewartet werden. Sobald eine Entscheidung des Ministeriums vorliegt, wird diese als Entscheidungsvorlage an die entsprechenden Ausschüsse und Gremien weitergeleitet.
4. Aufgrund der fehlenden Rückmeldung über den aktuellen Stand der Bearbeitung des Antrages und den immer weiter verkürzten Förderzeitraum wurde das Ministerium am 21.01.2025 angeschrieben mit der Bitte innerhalb der nächsten 14 Tage eine Mitteilung über die Genehmigung zu machen. Bis zum heutigen Zeitpunkt (Stand 18.02.2025) ist keine Mitteilung über den aktuellen Stand des Antrages eingegangen.

Achtung Aktueller Stand:

Mit Schreiben vom 27. Februar 2025 hat das Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege mitgeteilt, dass im Rheingau-Taunus-Kreis keine weiteren Anträge auf Förderung von Gemeindepflegerinnen und Gemeindepflegern bewilligt werden können.

Seniorenbeirat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9.1.4 Bericht der Integrationskommission an den Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung nach § 89 Abs. 4 HGO DRS. 25/003

Gemäß § 89 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung berichtet die Integrationskommission dem Gemeindevorstand sowie der Gemeindevertretung einmal jährlich über den aktuellen Stand der Integration der ausländischen Einwohner. Nachfolgend erfolgt die Vorstellung des Sachstandes.

Die Integrationskommission hat im Jahr 2024 viermal in Präsenzterminen getagt. Zusätzlich haben zur Vorbereitung der Interkulturellen Woche mehrere Onlinetermine stattgefunden.

Die folgenden Themen wurden in den Sitzungen besprochen:

- Vorstellung des neu geschaffenen Sachgebietes in der Abteilung Familie und Soziales: Flüchtlingsmanagement und Integration
- Aufgaben und Zuständigkeit der Integrationskommission
- Aktive Vertretung der Integrationskommission nach außen
- Vorstellung der Integrationskommission im Seniorenbeirat
- Planung und Koordinierung der Interkulturellen Woche
- Vernetzungstreffen Integrationsgremien im RTK
- Vernetzungstreffen 'Integration in Taunusstein'
- Integrationskurs für ausländische pädagogische Fachkräfte und Quereinstieg in die städtischen Kitas

Als eigenes Projekt wurde durch die Integrationskommission im Rahmen der Interkulturellen Woche im September ein Street Kick Fußballspiel organisiert und durchgeführt.

Zahlen, Daten, Fakten zum Thema Migration und Integration in Taunusstein

In Taunusstein gibt es:

- 26 Integrationslotsende, die auf 20 verschiedenen Sprachen Menschen mit Migrationshintergrund bei alltäglichen Herausforderungen unterstützen und
- 18 Laiendolmetschende, die auf 21 verschiedenen Sprachen Gespräche zwischen Institutionen (Kitas, Schulen, Behörden, Beratungsstellen, Ärzten etc.) und Menschen, die der deutschen Sprache noch nicht ausreichend mächtig sind, dolmetschen. Im Jahr 2024 haben 72 Gespräche in 10 verschiedenen Sprachen stattgefunden. Die häufigsten Übersetzungen erfolgten in der folgenden absteigenden Reihenfolge: Ukrainisch, Persisch, Rumänisch, Russisch, Farsi, Türkisch, Dari, Kurdisch, Arabisch und Tigrinya

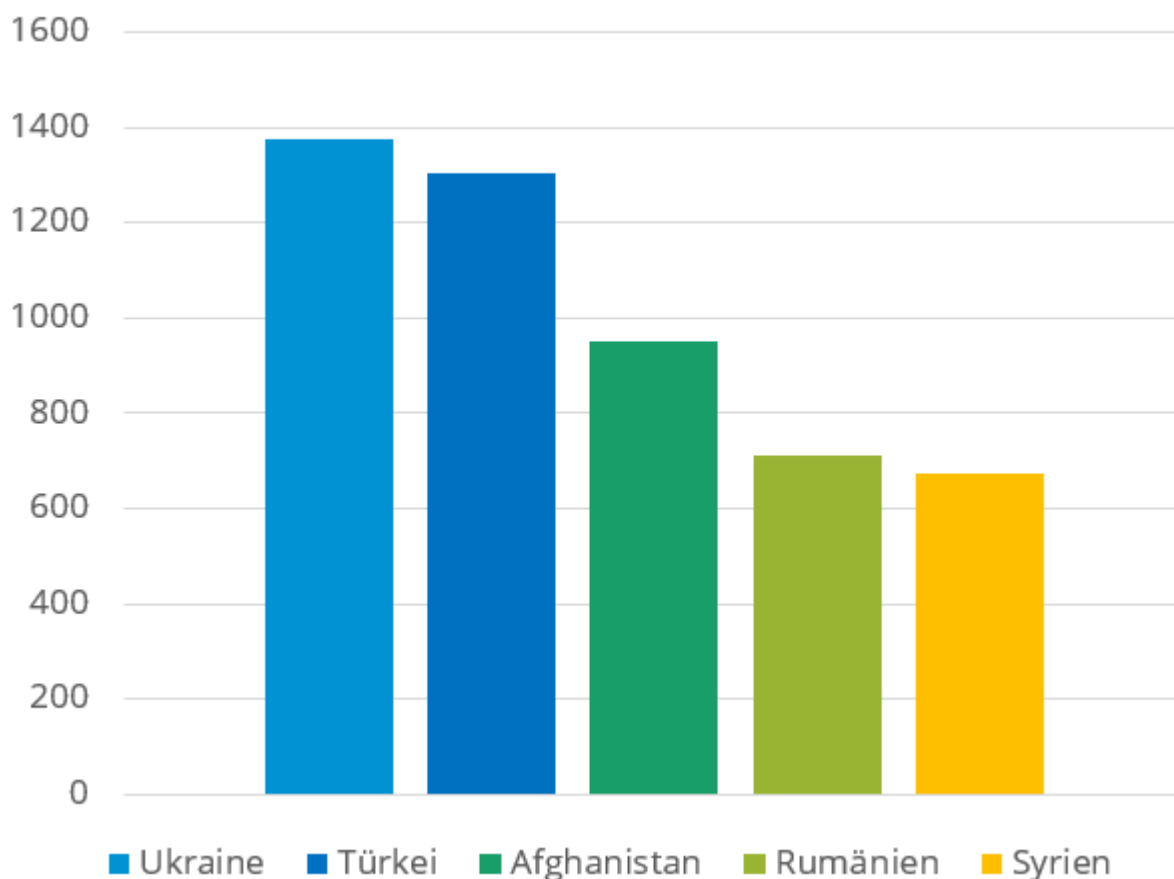
- vielfältige Vereinsstrukturen und engagierte Ehrenamtliche, die Zugewanderte aktiv bei ihrer Integration unterstützen.

- folgende Zahlen, Daten, Fakten (Stand 23.10.2024):

Anteil der ausländischen Bevölkerung in Taunusstein:

- Ausländer: 16,92% (5.299 Menschen)
- Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft: 10,26% (3.214 Menschen)

Nationalitäten*



- Unterkünfte für geflüchtete Menschen in Taunusstein:
16 Gemeinschaftsunterkünfte mit einer Kapazität von ca. 560 Plätzen
- Die Migrationsberatung der AWO Rheingau-Taunus befindet sich seit 09/2024 in Taunusstein-Bleidenstadt.

Der Seniorenbeirat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

9.1.5 Kommunalen Aktionsplan zur ärztlichen Versorgung in Taunusstein; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG und CDU; Beantwortung DRS. 17/292-07

Ausgangspunkt für die Betrachtung der Entwicklungen rund um den Gesundheitsstandort Stadt Taunusstein bildet die Vorlage DRS. 17/192 „Kommunalen Aktionsplan zur ärztlichen Versorgung

in Taunusstein; Gemeinsamer Antrag der Fraktionen FWG und CDU“. Der weitere Verlauf ist im Rahmen der Historie der Tochtervorlagen ersichtlich.

Die angehängte Beantwortung bezieht sich explizit auf die Große Anfrage mit der DRS. 17/292-05 „Ärztliche Versorgung in Taunusstein - Entwicklung des Gesundheitsstandortes“. Zur besseren Übersichtlichkeit wird im Rahmen dieser Vorlage die ursprüngliche große Anfrage noch einmal im Wortlaut aufgeführt. Die Beantwortung der dargestellten Fragen erfolgt im Anhang:

Vorbemerkung:

Seit einigen Jahren hat sich die ärztliche Versorgung der Menschen zu einem unserer drängendsten Probleme in Taunusstein entwickelt. Das Thema wurde von der Kommunalpolitik immer wieder mit Handlungsaufträgen an den Magistrat und die Stadtverwaltung auf die Tagesordnung gesetzt.

Bereits mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.11.2017 „Kommunaler Aktionsplan zur ärztlichen Versorgung in Taunusstein“ wurden die Defizite in der ärztlichen Versorgung in Taunusstein aufgegriffen und der Magistrat mit der StaTa GmbH Stadtmarketing und Standortentwicklung Taunusstein beauftragt, Kontakt mit der Kassenärztlichen Vereinigung aufzunehmen.

Neben dem danach zu entwickelnden präventiven kommunalen Aktionsplan gab es einen weitergehenden dringenden Handlungsschwerpunkt für die Stadt Taunusstein, die Entwicklung des „Gesundheitsstandortes Taunusstein“.

Bei der Entwicklung des Gesundheitsstandortes sollte neben der haus- und fachärztlichen Betreuung auch der therapeutische und psychologische Bereich sowie weitere Dienstleister im Gesundheitswesen, aber auch um die Thematik Pflege und Betreuung in die Entwicklung einbezogen werden.

Ein weiterer wichtiger Handlungsauftrag an den Magistrat wurde mit einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, FWG, CDU und Die Grünen vom 22.03.2018 „Erhalt der medizinischen Basisversorgung im Untertaunus“ in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Proaktiv sollte ein ambulantes medizinisches Versorgungszentrum entwickelt und die städtischen Gremien fortlaufend unterrichtet werden.

In einer Verwaltungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung vom 27.02.2020 (DRS. 17/292-03) „Sachstand Januar 2020; hier: Konzeption zur Stärkung und Entwicklung des Gesundheitsstandortes Taunusstein“ wurde die parlamentarischen Gremien über die Einrichtung eines „Roundtable Gesundheitsinitiative Taunusstein“ informiert. Dabei wurden folgende Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation genannt:

- Schnittstellen zu Krankenhäusern wahrnehmen
- Ausbildungskooperation zwischen Praxen und Krankenhäusern bilden
- Gründen eines Weiterbildungsverbundes
- Allgemeine Vernetzung zwischen den Akteuren im Gesundheitssektor in Taunusstein ausbauen.

Weitere Sachstandsberichte für die parlamentarischen Gremien wurden in der Verwaltungsvorlage angekündigt, aber bis heute nicht vorgelegt.

Im Wiesbadener Kurier war am 01.10.2022 zu lesen, dass die Stadt mit den Ärzten auf Immobiliensuche für andere Lösungen gehen werde, sollte das Projekt nicht zustande kommen. Doch in-

zwischen ist wieder ein halbes Jahr vergangen und die Problematik der ärztlichen Versorgung in Taunusstein verschärft sich offensichtlich weiter.

Eine „Kleine Anfrage“ der Stadtverordneten Karin Staudt-Mehler in der Stadtverordnetenversammlung am 24.11.2022 zum geplanten „Ärztzentrum in Taunusstein-Neuhof“ wurde dann von der Stadtverwaltung folgendermaßen beantwortet:

„Die Baugenehmigung zum Bau des Medi-Zentrums wurde durch die Untere Bauaufsichtsbehörde beim RTK am 30.04.2021 erteilt. Wird innerhalb der gesetzlichen Frist von drei Jahren ab Erteilung der Baugenehmigung nicht mit dem Vorhaben begonnen oder eine Verlängerung beantragt, so verfällt die Genehmigung. Der Bauherr hat auf Nachfrage keine weiteren Informationen für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Aktuelle Informationen werden über die Internetseite <http://medizentrum-taunusstein.de/> veröffentlicht.“

Will man auf die „Aktuellen Informationen“ zugreifen, so muss man leider feststellen, dass es diese Seite im Internet nicht mehr gibt. Auch der Baukran wurde inzwischen abgebaut und von der geplanten Fertigstellung Anfang 2024 kann keine Rede mehr sein. Da drängt sich die Frage auf, ob das Projekt inzwischen gestoppt wurde?!

Ein weiterer Bericht in der LZ am Sonntag vom 26.03.2023 macht die Dringlichkeit der Angelegenheit deutlich. Darin berichtet der Taunussteiner Arzt Heinz Heinzer von der ruhestandsbedingten Schließung seiner Praxis zum 31.03.23 ohne einen Nachfolger für diese gefunden zu haben.

Hinzu kommt, dass sich seit der Schließung der Klinik in Bad Schwalbach der seinerzeit von vielen befürchtete weitere Mangel in der klinischen Nahversorgung ergeben hat. Die Versorgung über Wiesbaden und Idstein ist bei weitem nicht mehr ausreichend.

In vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wird außerdem der Eindruck geschildert, dass sich in Taunusstein schwerpunktartige Versorgungsengpässe entwickelt haben. Als besonders problematisch wird - besonders für Kassenpatienten - genannt, Termine bei Kinderärzten, Hautärzten, HNO und Augenärzten zu bekommen.

Es stellt sich zudem die Frage, inwieweit bei Versorgungsanalysen für Taunusstein auch die Annahme berücksichtigt wird, dass in Taunusstein als Durchgangsort und Arbeitsplatz viele Menschen von außerhalb Taunussteins die medizinische Versorgung in Taunusstein mit beanspruchen.

Bei vielen Bürgerinnen und Bürgern nehmen aus all diesen Gründen die Sorgen um die Taunussteiner Gesundheitsversorgung zu. Das veranlasst die SPD-Fraktion, das Thema erneut in der Kommunalpolitik der Stadt Taunusstein aufzugreifen. Mit den nachfolgenden Fragestellungen soll die Grundlage für eine sachgerechte Diskussion unter Einbeziehung der Bevölkerung geschaffen werden.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, wird der Magistrat um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zu den jahrelangen Bemühungen der Taunussteiner Kommunalpolitik zur Entwicklung des Gesundheitsstandortes Taunusstein?
2. Wie hat sich der Anzahl der Taunussteiner Ärzte in den letzten 10 Jahren verändert? (Bitte

listen Sie Ärzte nach Haus- und Fachärzten auf und geben Sie die Ärztedichte ebenfalls differenziert nach Haus- und Fachärzten pro 1000 Einwohner an).

3. Wie bewertet die Stadt Taunusstein diesen Zustand?
4. Welche Maßnahmen setzt die Stadt Taunusstein durch, um Schließungen von Arztpraxen zu verhindern?
5. Wie reagiert die Stadt Taunusstein auf die positive Bevölkerungsentwicklung der Stadt und den damit verbundenen Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung?
6. Wie wird bei Versorgungsanalysen für Taunusstein auch die Annahme berücksichtigt, dass in Taunusstein als Durchgangsort und Arbeitsplatz viele Menschen von außerhalb Taunussteins die medizinische Versorgung in Taunusstein mit beanspruchen?
7. Wie bewertet die Stadt Taunusstein den Baufortschritt und Zustand des Medi-Zentrums in Taunusstein-Neuhof, auch im Betracht der dringlichen Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes?

Der Seniorenbeirat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

10 Leitbild Seniorenbeirat

In zwei Workshops wurde ein neues Leitbild für den Seniorenbeirat Taunusstein entwickelt. Als Anlage ist das Leitbild des Seniorenbeirates der Stadt Taunusstein mit dem Slogan: „Miteinander leben in Taunusstein“ angefügt.

Der Seniorenbeirat bittet die Verwaltung:

Eine Verwaltungsmitteilung wie folgt anzulegen:

Das bisherige Leitbild des Taunussteiner Seniorenbeirates wurde am 30.10.2019 vom Seniorenbeirat beschlossen. Zwischenzeitlich hat sich ein neuer Seniorenbeirat konstituiert. Dieser hat das Angebot der Verwaltung angenommen, sich in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe über die grundlegenden Werte, Ziele und Vision zu verständigen und ein neues Leitbild zu formulieren. Es soll als Orientierung für das Handeln des Seniorenbeirates dienen. Für die Taunusstein Bürger und Bürgerinnen ergeben sich daraus Antworten auf die Fragen, wofür der Seniorenbeirat steht und was er erreichen möchte. Das Leitbild wird der Verwaltungsmitteilung als Anlage beigelegt

Die Vorsitzende Frau Wagner lässt über Leitbild des Beirats abstimmen:

Abstimmung: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Anlage 1 Leitbild Seniorenbeirat Taunusstein mit Slogan

11 Anliegen an den Magistrat

1. Der Seniorenbeirat bittet den Magistrat, bei der Rhein-Taunus-Verkehrsgesellschaft RTV nach dem aktuellen Sachstand zu fragen, betreffend den Austausch der Computersysteme – der sogenannten Bordcomputer – für die Regionalbusse.

Abstimmung: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Der Seniorenbeirat bittet den Magistrat, den Mitgliedern des Seniorenbeirats analog zu den Ortsbeiräten ebenfalls den Zugang zum separaten Mängelmelder der Stadt zu ermöglichen.

Abstimmung: Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

12 Verschiedenes

Im Mai/Juni ist ein weiterer Stammtisch des Seniorenbeirats vorgesehen.
Für die Bewirtung in Neuhof vor der Stadtrundfahrt der Senioren mit Bürgermeister Reimann haben sich Mitglieder des Seniorenbeirats bereit erklärt.

Taunusstein, XXXXXX

Vorsitz:

Schriftführung:

Sonja Wagner

Einwendungen gegen das Protokoll sind vorbehalten. Etwaige Änderungen ergeben sich aus dem Protokoll der nachfolgenden Sitzung.